

BULLETIN N°55 - 31. MÄRZ 2010

- ❖ **EU: KOMMISSARIN WIRBT FÜR 3 % INNOVATIONSAUSGABEN**
Höhere Investitionen in Forschung und Innovation sollen Europa aus der Krise führen
- ❖ **BELGIEN: PROTESTE IN BEIDEN TEILEN DES LANDES**
Studenten und Professoren fordern von ihren Ministern die versprochen Hochschulmittel ein
- ❖ **DEUTSCHLANDS INTERNATIONALE GEISTESWISSENSCHAFTEN**
HIS-Studie belegt die Internationalisierung von geisteswissenschaftlichen Forschern und Fakultäten
- ❖ **GRIECHENLAND: INGENIEURE ZWEITER KLASSE**
Fachhochschulingenieure protestieren gegen die Benachteiligung gegenüber Diplomingenieuren
- ❖ **GROSSBRITANNIEN: ANTIEUROPÄISCHER REFLEX**
Der herrschende Studienplatzmangel lässt Londons Bürgermeister gegen Gaststudenten aus der EU polemisieren
- ❖ **ITALIEN: MOBILMACHUNG GEGEN GELMINI-GESETZ**
Hochschulforscher streiken gegen die Prekarisierung ihrer Arbeit und fordern Anerkennung und Bezahlung ihrer Lehrtätigkeit
- ❖ **LETTLAND: AUSLESE DURCH STUDIENGEBÜHREN?**
Der Rektor der privaten Hochschule SSE bricht den Bann und führt Studiengebühren zur qualitativen Auslese ein
- ❖ **NIEDERLANDE: FORTSCHRITTLICHE DIVERSITÄTS-POLITIK**
Eine Konferenz zeigt, wie zukunftsweisend mit Immigranten und ethnischen Minderheiten umgegangen werden kann
- ❖ **ÖSTERREICH: HOCHSCHULDIALOG ZERBRÖCKELT**
Die Rektorenkonferenz und die FPÖ verlassen den nationalen „Dialog Hochschulpartnerschaft“ und düpierten Ministerin Karl
- ❖ **PORTUGAL: NIEDRIGE HOCHSCHULBETEILIGUNG**
Studie sieht die niedrige tertiäre Bildungsquote als Generationenproblem und mahnt eine moderne Bildungsförderung an
- ❖ **HOCHSCHULPARTNERSCHAFT ZWISCHEN PORTUGAL-ANGOLA**
Portugal öffnet sich seiner ehemaligen Kolonie und will eine moderne Hochschullandschaft in Angola bauen helfen
- ❖ **SCHOTTLAND: IST DIE BEVORZUGUNG VON EINHEIMISCHEN „RASSISTISCH“?**
Die Universität Edinburgh favorisiert Bewerber aus der Umgebung und ruft damit bittere Reaktionen hervor
- ❖ **SCHWEDEN: NEUES, MODERNES BILDUNGSGESETZ**
Das Gesetz für eine umfassende Reform des Bildungssystems wurde letzte Woche vorgestellt
- ❖ **SPANIEN: VERZWEIFELTE WOHNUNGSNOT IN MADRID**
Hohe Mietpreise und Wohnungsmangel in Spaniens Hauptstadt rufen Studentenproteste hervor
- ❖ **USA: OBAMAS SOZIALES BILDUNGSPROGRAMM**
Mit seiner radikalen Reform der föderalen Bildungsprogramme will der Präsident eine Million mehr Personen ans College und zum Abschluss bringen

EDITORIAL: Hochschulen leben Europa vor

Hochschulen und Forschung sind das Versuchslabor des europäischen Projekts. Durch die Linse der europäischen Hochschulnachrichten von ESNA zeigen sich die Fragen und die Lösungsansätze für die dringendsten Probleme der Gegenwart: wirtschaftlicher Aufschwung, Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Integration, Erziehung, gesellschaftlicher Dialog, technische und geistige Weiterentwicklung. Die Hochschulen erproben die Alternativen aus der eingefahrenen Lage, in der sich unsere krisenbedrückte Wirtschaft und unsere hochverschuldeten Staaten befinden. Die Lösung zeigt sich in jeder einzelnen unserer für den europäischen Leser aufbereiteten Nachrichten: Eine gute Ausbildung, Chancen für alle und Austausch, der zu Einigung und zu Innovation führen, sind zur unbedingten Notwendigkeit der Wirtschaft selbst geworden. Europa kann von den Hochschulen lernen, es muss sie fördern und kann sie fordern. Zu dieser Herausforderung ist die wissenschaftliche Gemeinschaft bereit.

T. Brömme (Chefredakteur)

EU-KOMMISSARIN WIRBT FÜR 3 % INNOVATIONSAUSGABEN

In ihrer ersten größeren Rede seit Amtsantritt hat sich die Europäische Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn für das EU-Ziel, 3 % des Inlandsprodukts für Forschung und Innovation aufzuwenden, stark gemacht.

Den europäischen Finanzminister, die sich unlängst gegen Mindestforschungsausgaben aufgelehnt haben (s. *Bulletin N°054 - 24.3.2010*), erwiderte sie, dass allein Finnland beweise, dass mehr Investitionen in Innovationen der richtige Weg aus der Wirtschaftskrise seien.

„Ich weiß, das ist umstritten“, sagte Geoghegan-Quinn, aber „die Forschungsminister haben mir klar zu verstehen gegeben, dass die EU-Vorgabe sie gegenüber ihren Haushaltsministern gestärkt habe.“

Die Irin wurde diesen Januar zur EU-Forschungskommissarin berufen, kurz nachdem die Lissabon-Agenda abgelaufen ist. Einer der fünf Schwerpunkte der jüngst vorgestellten Nachfolgestrategie EU2020 ist es, das Forschungs- und Innovationsbudget der EU auf mindestens 3 % des Inlandsprodukts anzuheben. [932]

Máire Geoghegan-Quinn's [Rede](#), Lisbon Council 2010 Innovationsgipfel, 05.03.2010 (auf Englisch)



Máire Geoghegan-Quinn (* 1950),
European Commissioner for Research,
Innovation and Science since Feb. 2010

PROTESTE IN BEIDEN TEILEN BELGIENS

Belgische Studenten und Dozenten haben in der vergangenen Woche demonstriert und ihre jeweiligen Bildungsminister aufgefordert, ihre Versprechen einzulösen.

Organisiert von der wallonischen Studentengewerkschaft FEF marschierten etwa tausend Personen durch Brüssel und forderten Bildungsminister Jean-Claude Marcourt auf, die zugesagte Senkung der Studienkosten endlich umzusetzen. Die FEF legte einen detaillierten Zehnpunkteplan vor, der u. a. den Bau neuer Studentenwohnungen und moderne Fördermechanismen vorschlägt.

Im flämischen Löwen waren 300 Professoren und Studenten auf der Straße, um Pascal Smet die zehnpromtente Erhöhung des Hochschulbudgets abzuverlangen, die er bei seinem Amtsantritt versprochen hat. Auch hier die Forderung, die Hochschulfinanzierung zugunsten der Studierenden in Flandern zu modernisieren.

Professor Eric Corijn von der Freien Universität Brüssel sagte in seinem Vortrag vor den Demonstranten: „Obgleich unterfinanziert, stehen wir in Konkurrenz, um mehr zu publizieren, mehr zitiert zu werden und mehr Doktoranden auszubilden, wenn wir Mittel von der Regierung wollen. Das erinnert mich an das 19. Jh., als die Arbeiter nach Stücklohn und nicht nach Stunden entlohnt wurden.“ Minister Smet gab keinen Kommentar zu den Protesten ab. [1269]

[Zehnpunkteplan](#) der FEF, 10.03.2010 (auf Französisch) |

[Forderungen](#) der flämischen Studenten, 23.03.2010 (auf Niederländisch)

DEUTSCHLANDS INTERNATIONALE GEISTESWISSENSCHAFTEN



Eine Erhebung des Hochschulinformationssystems HIS attestiert den geisteswissenschaftlichen Forschern und Fakultäten in Deutschland eine „selbstverständliche“

Internationalisierung. 94 % der rund 1300 Befragten geben an, ein internationales Netzwerk zu pflegen oder im Ausland zu forschen.

Während geisteswissenschaftliche Beiträge made in Germany im amerikanischen Ausland noch als „state of the art“ betrachtet werden, bemängeln die Deutschen an sich selbst ihre „zu wissenschaftliche Schreibweise“. Besorgt werden die fortschreitende Stellenkürzung im akademischen Mittelbau und die Übergewichtung wirtschaftlicher Nutzerwägungen in der Forschung beobachtet, die zu einem ständigen Legitimationswettbewerb geführt haben.

Die internationalen Befragten schätzen die hervorragende Bibliotheks- und Museenlandschaft der Deutschen, die Dichte der Forschungsinstitute und die Offenheit der geisteswissenschaftlichen Gemeinschaft. Kritisch werden die meist nur national kommunizierten Stellenausschreibungen und die traditionellen Berufungsverfahren gesehen. [1054]

Die internationale Positionierung der Geisteswissenschaften in Deutschland, HIS, Februar 2010

GRIECHENLAND: INGENIEURE ZWEITER KLASSE

Viele Fachhochschulen im ganzen Land blieben vergangene Woche für einen eintägigen Warnstreik geschlossen. Die Mitglieder des Hochschulverbandes TEI-BSEC protestierten damit gegen die ungleiche Behandlung, die Fachhochschul-Ingenieuren gegenüber den Diplomingenieuren der Technischen Universitäten zuteil wird.



Seit vielen Jahren kämpfen die TEIs für Gleichberechtigung, denn obschon ihre Ausbildung in den meisten Fällen genauso lange dauert wie die als Diplomingenieur, bleiben ihnen bestimmte Berufskarrieren, etwa im höheren öffentlichen Dienst, verwehrt. Zudem erhalten die Fachhochschulen fünfmal weniger staatliche Mittel als Universitäten. Der Präsident des Ingenieursverbandes EETEM Iannis Tsanakis forderte die Regierung auf, dieser seiner Ansicht nach verfassungsrechtlich unzulässigen Benachteiligung von Fachhochschulingenieuren ein Ende zu machen. [861]

Pressemitteilung des EETEM, 17.03.2010 (auf Griechisch)

GROSSBRITANNIEN: ANTIEUROPÄISCHER REFLEX

Angesichts der Studienplatzknappheit für heimische Schulabgänger regt sich ein patriotischer Populismus gegen die Zunahme europäischer Studierender in England. Wie ESNA berichtete (s. *Bulletin N°054 – 24.3.2010*), fehlen in diesem Herbst für über 100.000 britische Bewerber Studienplätze. Gleichzeitig steigt die Zahl der EU-Studenten, die wie Briten auf subventionierte Studiengebühren und -kredite Anspruch haben. 36.000 Europäer, d. h. 5 % aller Studierenden, sind auf der Insel immatrikuliert, und es werden mehr. Dies und die Tatsache, dass viele nach ihrer Rückkehr auf den Kontinent ihre Kredite noch nicht zurückgezahlt

haben (s. *Bulletin N°012 – 4.3.2009*), hat einige Gemüter erhitzt. Unter ihnen Londons konservativer Bürgermeister Boris Johnson. Er fordert von der Regierung, „mit einer schweren schwarzen Handtasche in Brüssel auf den Tisch zu schlagen“ und auszurufen: „Wir bezahlen für eure Studenten – und wir wollen unser Geld zurück!“ [887]

Kolumne von Boris Johnson, TELEGRAPH, 17.03.2010 (auf Englisch)

ITALIEN: MOBILMACHUNG GEGEN GELMINI-GESETZ

Während die Gesetzesreform von Hochschulministerin Mariastella Gelmini im Senat beraten wird, gehen die Arbeitsverweigerungen italienischer Wissenschaftler, die immer mehr Zulauf verzeichnen, weiter.

Nach dem von Forschern in Neapel, Turin und Cagliari ausgerufenen „weißen Streik“ hat die Nationale Koordination der Hochschulforscher CNRU nun mit der allgemeinen Mobilmachung begonnen (s. a. *Bulletin N°053 – 17.3.2010*).

Die CNRU wirft der Regierung vor, jede Perspektive zu zerstören, die seit 30 Jahren bestehende rechtliche Problemlage der Forscher zu lösen. Wegen zu geringer staatlicher Ausgaben könnten die notwendigen Arbeitsverträge nicht ausgeschrieben werden, und mit der geplanten Bevorzugung befristet beschäftigter Nachwuchsforscher würden ältere Forscher von weiteren Karrieremöglichkeiten ausgeschlossen.

Am 24. März hat die CNRU dem Hochschulministerium einen von 4000 Forschern unterzeichneten Vorschlag unterbreitet. Im Kern geht es darin um die rechtliche Anerkennung der Forscher als Dozenten – denn die Lehre mussten sie bisher als kostengünstige Zusatzarbeit erledigen. [1057]

Vorschlag der CNRU, 24.03.2010 (auf Italienisch)

LETTLAND: AUSLESE DURCH STUDIENGEBÜHREN?



Anders Paalzow,
Rector of the Stockholm School
of Economics in Riga since 1999

Nach Kürzungen des Hochschulbudgets um bis zu 40 % und Plänen, die Zahl der staatlichen Universitäten durch Schließungen und Fusionen zu verringern, droht nun eine neue Gefahr: Anders Paalzow, Rektor der Stockholm School of Economics (SSE) in Riga, fordert eine umfassende Hochschulreform und kündigte Studiengebühren „zur qualitativen Auswahl“ in seinem Institut für diesen Juni an.

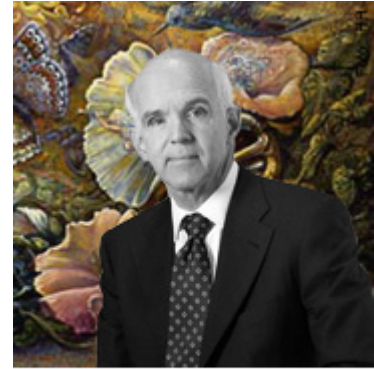
Bisher wurde die SSE von der lettischen und der schwedischen Regierung finanziert; ab Juni d. J. wird es von schwedischer Seite jedoch keine Unterstützung mehr geben. Es sollen daher Gebühren zwischen 1500 und 3500 Euro im Jahr erhoben werden.

Paalzow sagte gegenüber der Nachrichtenagentur *LETA*, er halte nur ein Fünftel der Studierenden für wirklich begabt und er sei sich bewusst, dass mit Gebühren die Nachfrage sinken werde. Es sei aber unerheblich für seine Hochschule, ob sie 120 gute Studenten aus 1000 oder nur aus ein paar hundert Bewerbern auswählen müsse. [991]

NIEDERLANDE: FORTSCHRITTLICHE DIVERSITÄTS-POLITIK

Holland bestätigt seinen guten Ruf für den progressiven Umgang mit Zuwanderern und ethnischen Minderheiten. Davon zeugen die Konzepte, die letzte Woche auf einer internationalen Konferenz in Amsterdam vorgestellt wurden.

Der Gastgeber der Konferenz, Geert Daales, Leiter der INHolland Hogeschool, sagte, man müsse es den Studenten nachtun und „aufhören, in Kategorien von Immigranten und Nicht-Immigranten zu denken.“ Diversity-Professor Bauke Prins präziserte, dass Abbrecherquoten nicht durch die Herkunft, sondern den sozioökonomischen Hintergrund bedingt seien. Er fügte hinzu, dass die erste Generation einer Familie, die studiert, besonderer Betreuung bedürfe.



Geert Daales (* 1952),
president of the
INHolland Hogeschool since 2007

Gastredner Dennis Holtschneider von der Depaul University in Chicago sagte: „Uns geht es darum, eine Community der Studenten zu schaffen und die Qualität hoch zu halten. Aus Gesprächen mit Abbrechern, meistens männlichen Schwarzen, wissen wir, dass finanzielle Probleme, nicht zu hohe Anforderungen, der Grund sind.“ (S. a. *Bulletin* N°0029 - 1.7.2009) [983]

[Konferenzwebseite](#) der INHolland Hogeschool, 22./23.03.2010 (auf Niederländisch)

ÖSTERREICH: HOCHSCHULDIALOG ZERBRÖCKELT

Der von Wissenschaftminister Johannes Hahn erst im November ins Leben gerufene „Dialog Hochschulpartnerschaft“ beginnt unter seiner Nachfolgerin Beatrix Karl zu zerfallen. Nachdem im Januar zuerst der Kommunistische Studentenverband ausgestiegen ist, haben jetzt die Rektorenkonferenz uniko und die Partei FPÖ ihre Mitarbeit aufgekündigt.

uniko-Präsident Hans Sünkel kritisierte an dem Forum, dass es zu groß und ohne Beschlusskraft sei und forderte einen „entscheidungsfähigen Kreis von Personen“. „Geistig sind ohnehin schon die meisten ausgestiegen“, sagte FPÖ-Wissenschaftssprecher Martin Graf, die Uni-Probleme gehörten „gelöst und nicht zerredet“.

Ministerin Karl reagierte befremdet auf die „erschütternde“ Aktion der Rektoren und bezeichnete deren Forderung als „elitär“.

Das nächste der monatlichen Arbeitstreffen soll wie geplant Mitte April stattfinden. Die Ergebnisse und Empfehlungen des Dialogs sollen diesen Herbst präsentiert werden. [949]

[Aussendung](#) des uniko, 23.03.2010 | [Pressemitteilung](#) der FPÖ, 24.03.2010

PORTUGAL: NIEDRIGE HOCHSCHULBETEILIGUNG

Portugals Bildungsförderung ist nicht zeitgemäß. Mit einer tertiären Bildungsquote unter 11 % rangiert das Land weit unter dem OECD-Durchschnitt von 35 %. Nur 27 % der Portugiesen zwischen 25 und 64 Jahren haben einen Oberschulabschluss, der EU19-Durchschnitt liegt bei 71 %.

Dass dieser Zustand sich von Generation zu Generation reproduziert, wenn Portugals Bildungsförderung nicht modernisiert wird, hat Pedro Telhado Pereira von der Universität Madeira in seiner jüngsten Untersuchung für das Forschungsinstitut IZA ermittelt.

Anhand demografischer Daten zeigt Pereira die enge Abhängigkeit zwischen Hochschulzugang und dem Bildungsstand der Eltern und attestiert mangelhafte Fördermechanismen für Kinder, deren Eltern entweder arbeitslos sind oder keinen Universitätsabschluss haben. Der Bildungsgrad des Vaters überwiegt dabei den der Mutter. Für Mädchen ist es um 10 % wahrscheinlicher, dass sie einen Hochschulabschluss erreichen. [935]

Studie „Hochschulzugang in Portugal“, P. Pereira, IZA, März 2010 |
OECD-Familiendatenbank, Juni 2009 (beides auf Englisch)

HOCHSCHULPARTNERSCHAFT ZWISCHEN PORTUGAL UND ANGOLA

Portugal und Angola haben beschlossen, in den bereichen Hochschule und Forschung in Zukunft intensiver zusammen zu arbeiten. Ein entsprechendes Abkommen haben die Wissenschaftsminister beider Länder, Maria Cândida Teixeira (Angola) und Mariano Gago, letzte Woche in Luanda unterzeichnet.

Beide Minister sprachen bei der Vertragsunterzeichnung von einer „neuen Ära“, in der der bisher unregelmäßige Austausch in eine „institutionelle Kooperation in großem Maßstab“ münden soll. Das Abkommen sieht die wissenschaftliche Zusammenarbeit, eine Öffnung der portugiesischen Hochschulen für angolanische Studierende und die Entwicklung von Programmen vor, die zur systematischen Qualitätsverbesserung des Hochschulsystems in Angola führen.

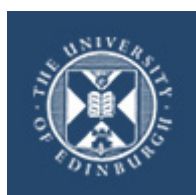
Bisher arbeitet nur eine kleine Zahl portugiesischer Dozenten in Angola, und nur etwa viereinhalbtausend Angolaner studieren in Portugal (2007/2008). [862]

Pressemitteilungen von [Portugal](#), 28.03.2010, und von [Angola](#), 22.03.2010 (beide auf Portugiesisch)



Maria Cândida Teixeira,
angolanische Ministerin für Hochschulen,
Wissenschaft und Technologie

SCHOTTLAND: IST DIE BEVORZUGUNG VON EINHEIMISCHEN „RASSISTISCH“?



Die Universität Edinburgh bevorzugt Bewerber aus der Umgegend und hat damit ärgerliche Reaktionen von Oberschulen in Großbritannien ausgelöst.

Auf der Webseite der renommierten Hochschule heißt es: „Wir möchten sicherstellen, dass unsere hier ansässigen Bewerber nicht vom Studium ihrer Wahl ausgeschlossen werden (...). Für bestimmte Studiengänge werden wir Bewerbungen aus Schulen in der Nähe zusätzliches Gewicht geben.“

Angesichts des katastrophalen Studienplatzmangels in diesem Jahr (s. *Bulletin*

N°054 - 24.3.2010) stößt dieser Lokalpatriotismus auf Unverständnis. Der Direktor des Brighton College Richard Cairns beschreibt dies als „potenziell rassistisch und illegal“, während Andrew Halls von der King’s College School seinen Schülern von Edinburgh abraten will, „bis sich die Universität eine weniger fremdenfeindliche und anti-englische Zulassungspolitik zulegt.“ Edinburgh verteidigte die Einschränkung als nicht unübliche regionale Praxis. [1017]

[Zulassungsregeln](#) der Edinburgh University (auf Englisch)

SCHWEDEN: NEUES, MODERNES HOCHSCHULGESETZ

Das neue „Bildungsgesetz für Wissen, Entscheidungsfreiheit und Sicherheit“ wurde am 23. März mit Stolz als eines der umfangreichsten Regelwerke Schwedens vorgestellt. Es soll das alte von 1985 ablösen, die Bildung von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung regeln und voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten. Es berücksichtigt sowohl die Autonomie der heutigen Bildungseinrichtungen und deren zeitgemäßes zielorientiertes Management, als auch die gegenwärtige Aufgabentrennung zwischen zentraler und regionaler Regierung.

Indes wurden Zweifel an einer ebenfalls neuen Kapazitätenregelung für die Hochschulzulassung laut. Diese gliedert die Oberschulabschlüsse mit festgelegten Anteilen in drei heimische und eine ausländische Kategorie. Dies aber bedeutet eine Mengengrenzung für ausländische Studienbewerber, es könnte daher, so die nationale Hochschulagentur Högskoleverket, gegen den EU-Freizügigkeitsgrundsatz verstoßen. [929]

Das „Bildungsgesetz für Wissen, Entscheidungsfreiheit und Sicherheit“, 23.03.2010 (auf Englisch)

VERZWEIFELTE WOHNUNGSNOT IN MADRID

Für Studierende in der spanischen Hauptstadt ist es extrem schwierig, eine Unterkunft zu finden, sogar in den sechs Wohnheimen der Universität Madrid. Letzte Woche machten 300 von ihnen ihrem Ärger darüber Luft. Sie protestierten lautstark auf dem Campus für die Senkung der Mietpreise, die derzeit bei knapp 800 Euro liegen, forderten mehr Mitbestimmung, Transparenz der Finanzen und die Einführung von gemischten Wohnheimen.

Als sich Rektor Carlos Berzosa auf dem Treffen einfand, auf dem entschieden werden sollte, ob die Studentenwohnheime künftig von Studenten und Studentinnen gemeinsam bewohnt werden sollen, bekam er die Unzufriedenheit der Studenten zu spüren: Er wurde von ihnen beschimpft und sogar bespuckt.

Die spanische Rektorenkonferenz CRUE zeigte sich solidarisch mit Berzosa und verurteilte jede Art von Gewalt von Seiten der Studenten. [854]



Carlos Berzosa Alonso-Martinez,
geb. 1945, Rektor der Universidad
Complutense de Madrid seit 2003

USA: OBAMAS SOZIALES BILDUNGSPROGRAMM



Seit Präsident Barack Obama im Februar seinen Haushaltsplan 2011 bekannt gegeben hat, verklingt das Raunen über Bildung als Recht und öffentliche Aufgabe in der Blogosphäre nicht mehr. Hier im Telegrammstil die wichtigsten Ziele und Maßnahmen des kleinen Bruders des Europäischen Hochschulraums:

Obama hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die USA mit ihrer Hochschulbeteiligung nicht mehr unter den ersten Industrienationen rangiert und möchte erreichen, dass jährlich 1 Mio. Personen mehr einen Collegeabschluss machen. Die massive Förderung auf Schulebene und die Unterstützung von Institutionen zugunsten von ethnischen Minderheiten seien nur erwähnt. Die Maßnahmen werden nicht ohne Grund als radikaler Umbau der föderalen Bildungsprogramme angesehen: Die *Pell Grants*, Beihilfen für bedürftige Studenten, werden in den nächsten zehn Jahren fix mit der Inflation plus 1 % steigen. Ab Juli d. J. hält Obama auch mit der Verstaatlichung der Studienkredite Wort: alle privaten Studienkredite laufen aus. Anreize für Hochschulen zur Verbesserung der Lehre und zur Verringerung der Abbrecherrate runden das sozialistische Programm ab. [1133]

Pressemitteilung des Department of Education, 01.02.2010 (auf Englisch)



Weitere Dienste auf unserer Webseite:

- Das ESNA-Nachrichtenarchiv seit Oktober 2008
- Der europäische Veranstaltungskalender

In Vorbereitung im Frühjahr 2010:

- Europäische Presseschau in englischer Sprache